

RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder
NEUE TEL. NR. 711 71 DW
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Präsidium des
Nationalrates

Parlamentsgebäude
1010 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	42. GE 988
Datum:	29. JUNI 1988
Verteilt	1.7.1988 Römer

1870-01/88
H. Olsch-Korant

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Arzneimittelgesetz geändert wird (AMG-
Novelle 1988); Stellungnahme

Schreiben des BKA vom 6. Mai 1988,
GZ 61 401/11-VI/14/88

Der Rechnungshof beehrt sich, seine Stellungnahme zu der im Gegen-
stand angeführten Angelegenheit in 25-facher Ausfertigung zu über-
reichen.

Anlagen

22. Juni 1988

Der Präsident:

B r o e s i g k e

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:
Backe



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) ~~66 36 46/0~~ oder
NEUE TEL. NR 711 71 DW
Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das

Bundeskanzleramt
Sektion VI

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.
Zl 1870-01/88

Radetzkystraße 2
1030 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Arzneimittel-
gesetz geändert wird (AMG-
Novelle 1988); Stellungnahme

Schr. des BKA vom 6. Mai 1988,
GZ 61 401/11-VI/14/88

Der RH nimmt zu dem im Gegenstand angeführten Gesetzesentwurf
wie folgt Stellung:

1. § 68 Abs 1 des Entwurfes erwähnt nur die vom Bundeskanzler beauftragten Sachverständigen. Aus der Regelung ist jedoch zu schließen, daß auch die gem § 67 Abs 1 ermächtigten Landeshauptmänner solche zu bestellen haben werden. Eine entsprechende Vorkehrung sollte diesbezüglich getroffen werden.

Weiters wird empfohlen, auch Abs 2 des § 68 Arzneimittelgesetzes im Hinblick auf die Ermächtigung der Landeshauptmänner gem § 67 Abs 1 abzuändern.

2. Im Hinblick auf Art 20 Abs 1 B-VG, dem zufolge die obersten Organe die Verwaltung des Bundes führen, sollte in den §§ 67 Abs 1 und 68 Abs 1 des vorliegenden Entwurfes das "BKA" durch den "Bundeskanzler" ersetzt werden.
3. Abschließend wird auf ein grundsätzliches legislatives Problem im Bereich jener, zum Wirkungsbereich des BKA ge-

- 2 -

hörenden Angelegenheiten hingewiesen, deren sachliche Leitung durch Entschließung des Bundespräsidenten gem Art 77 Abs 3 B-VG einem eigenen Bundesminister übertragen wurde.

In den Vollzugsklauseln einschlägiger Gesetze aus der jüngsten Vergangenheit (zB Änderung des BG über die Errichtung eines Fonds "sterr. Bundesinstitut für Gesundheitswesen", BGBl 315/87; BG über Sonderbestimmungen zum Tuberkulosegesetz und Impfschadengesetz für das Jahr 1988, BGBl 177/88; Änderung des BG über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl 178/88) wird der Bundeskanzler und nicht jener Bundesminister, der durch Entschließung des Bundespräsidenten mit der sachlichen Leitung betraut wurde, mit der Vollziehung dieser Gesetze betraut. Auch im vorliegenden Gesetzesentwurf, der diesem Bereich zuzuordnen ist, wird der Bundeskanzler zur Erlassung bestimmter Verordnungen und Bescheide (s. §§ 11, 17 a und 59 des Entwurfes) ermächtigt.

Manchmal wird jedoch in einzelnen Gesetzesentwürfen (zB zur Änderung der Studienrichtung Medizin) in der Vollzugsklausel der gem Art 77 Abs 3 B-VG bestellte Minister, und zwar im gegenständlichen Falle neben dem zuständigen Ressortminister für Wissenschaft und Forschung, und nicht der Bundeskanzler, angeführt.

Verordnungen bspw wurden als Verordnungen des gem Art 77 Abs 3 B-VG vom Bundespräsidenten betrauten Minister im Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes erlassen (zB Verordnungen des Bundesministers für Gesundheit und öffentlichen Dienst, BGBl 2/88, 32/88, 127/88, 152/88).

Gem Art 77 Abs 3 B-VG haben Bundesminister, denen der Bundespräsident die sachliche Leitung bestimmter, zum Wirkungsbereich des BKA gehörender Angelegenheiten überträgt, bezüglich der betreffenden Angelegenheiten die Stellung eines zuständigen Bundesministers.

- 3 -

Nach Walter-Mayer (Grundriß des öst. Bundesverfassungsrechts, 5. Auflage, S. 201) wird die jeweilige Zahl der Bundesminister durch individuelle Rechtsakte, nämlich durch die Bestellsungsdekrete bestimmt. Der Wirkungsbereich eines Bundesministers ergibt sich daher aus dem Bestellsungsdekret in Verbindung mit dem Bundesministeriengesetz 1973.

Demnach wäre in der Vollzugsklausel derartiger Gesetze nach Ansicht des RH der zuständige Bundesminister und nicht der Bundeskanzler anzuführen. Auf eine einheitliche, den verfassungsrechtlichen Bestimmungen entsprechende Vorgangsweise sollte in Hinkunft geachtet werden.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue unterrichtet.

22. Juni 1988

Der Präsident:

B r o e s i g k e

**Für die Richtigkeit
der Ausfertigung**
Heide